

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł. monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zł. monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zł. Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsüberlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 bz 70 P. In Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 211.

Bromberg, Sonnabend den 14. September 1929.

53. Jahrg.

Ein edler Wettstreit.

Wer geht am härtesten gegen die deutsche Minderheit vor?

Unter der Überschrift „Wie die Endeken die deutsche Irredenta bekämpfen“, finden wir in dem der Regierung nahestehenden „Kurjer Poranny“ an leitender Stelle folgende Ausführungen:

Unläßlich der Bombenattentate in Lemberg tritt das führende Organ der Warschauer Nationaldemokratie mit einer umfangreichen Reklame der Politik seiner Partei gegenüber unseren nationalen Minderheiten hervor. Dieses Blatt stellt nämlich fest, daß bisher lediglich die Endecja darauf aufmerksam gemacht hätte, daß die Leitung der antisozialistischen Tätigkeit der slawischen Minderheiten in deutschen Händen ruhe und daß ausschließlich die Endecja ständig und energisch die Organisation der deutschen Minderheit demaskiert habe, während die Nach-Mai-Regierungen in dieser Hinsicht angeblich eine opportunistische Kritik betrieben hätten.

Daß es sich nicht so verhält und daß es niemals so war, beweisen die öfteren im Laufe der letzten drei Jahre vorgekommenen Fälle eines Bündnisses der Endecja mit den Minderheiten gegen die Regierung, so z. B. auch gegenwärtig auf Grund des Antrages über die Einberufung einer außerordentlichen Sejmession, für den die Matadore des „Nationalen“ Klubs Unterstützung bei den wütendsten nationalen Ukrainern suchten.

Jedoch wollen wir hier nur an einige kleine Sachen erinnern, die vielleicht durch die Zeit schon etwas überholt sind, aber die sich deshalb um so eher zu einer objektiven Betrachtung und wahrheitsgemäßen Beleuchtung eignen und den praktischen Standpunkt der Endecja in den Fragen der Nationalitätenpolitik zeigen. Sehen wir nur, wie bei einer Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der realen politischen Tätigkeit der Endeken die Propaganda ihrer Arbeit aussieht, die sich durch einen geradezu unerklärlichen Mangel an Gedächtnis in Fragen auszeichnet, die sie stark kompromittieren.

Nach dem Sturz des Sikorski-Kabinetts im Mai 1923 ging das Steuer der Regierung in die Hand des Bekannten Wojts aus Bierzchoslawice über, und die Leitung der Außenpolitik wurde ein Monopol der Endecja. Eine der ersten Taten dieser Regierung, die den Zweck verfolgte, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, war die Schließung der Zentralorganisation der deutschen Minderheit, des sogenannten Deutschthumsbundes. Ein zweifellos richtiges Vorgehen, darüber ist kein Wort zu verlieren, um so mehr, als der Deutschthumsbund eine ungemein antisozialistische Tätigkeit entwickelte und sogar so weit ging, ohne Bedenken unmittelbar Beziehungen mit dem Berliner Außenamt zu unterhalten, dessen Anweisungen er genau befolgte. Die Sicherheitsbehörden sammelten sehr viel belastendes Material, und es schien so, als würden wir einen bedeutenden Prozeß haben, dessen Ergebnisse die Rolle der deutschen Minderheiten-Organisation in Polen entlarven und den Interessen unseres Staates großen Nutzen auf internationalem Gebiet bringen würde. Jedoch ist nach dem grellen Feuerwerk, das man veranstaltete, um die öffentliche Meinung zu blenden, in der Tätigkeit der Chjena-Piast-Regierung im Verhältnis zu der deutschen Minderheit Potentille eingetreten. Eigentlich keine Stille, sondern eine schnelle intensive und völlige Rückzugsaktion. Der geschlossene Deutschthumsbund änderte ohne irgend welche Hindernisse seitens der offiziellen Stellen seine Firma in „Deutsche Vereinigung in Sejm und Senat“, um und setzte seine alte Organisationsarbeit fort, die die Erhaltung der deutschen Irredenta in Polen zum Zweck hat. Das Anlagematerial wanderte in feinerste Schränke, in denen es auch zu Zeiten der Regierung Alexander Strzyński gelegen hat und aus denen es erst gegenwärtig herausgeholt und den Staatsanwaltsbehörden zugestellt wurde, gerade noch im letzten Augenblick vor Ablauf des in der Prozedur vorgesehenen fünfjährigen Termins, nach dem die Regierung dazu entschlossen, die Angelegenheit des Deutschthumsbundes den Gerichten zu übergeben. Dadurch wird sie insofern in eine nachteilige Lage gesetzt, als es infolge der endekischen Toleranz, die nach der ersten energischen Geste einsetzte, den deutschen Staatsfeinden gelungen ist, viele Beweise ihrer Schuld beiseite zu schaffen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behandelt der „Kurjer Poranny“ dann den Prozeß des oberösterreichischen „Deutschen Volksbundes“ und weist auf angebliche Zusammenhänge hin, die zwischen dieser „antisozialistischen“ deutschen Organisation und Korsantys bestanden haben sollen. Auch hier hebt er das „Verdienst“ der gegenwärtigen Regierung um die Aufdeckung der antisozialistischen deutschen Tätigkeit hervor und schließt seine Ausführungen wie folgt:

„Man sieht also, daß das Verhältnis der „Nationalen“ Partei zu der deutschen Minderheit in den Zeiten, in denen diese Partei an der Regierung war, etwas anderes war, als es ihr führendes Organ jetzt darstellt. Es mag sein, daß hier realpolitische Gründe eine gewisse Rolle spielten, die immer anders sind als das, was man für den Gebrauch der Parteipropaganda benutzt. Aber wozu schreibt man dann wie besessen, daß man mitteillos, ständig und ohne Unterbrechung die deutsche Minderheit bekämpft habe. Und wenn man sogar die Organisation toleriert hat, trotzdem man Beweise ihrer antisozialistischen Tätigkeit in der Hand hatte, mit welchem Recht schreibt man jetzt von angeblichen Verdiensten,

die man sich auf dem Felde der Entlarvung von Verbindungen erworben hat, die zwischen den deutschen und den ukrainischen Organisationen bestehen?“

Läßt uns diesen edlen Wettstreit nicht durch viele Worte stören. Fürwahr, sie tragen alle Schuld an uns vor Gott und der Geschichte. Und wenn im Himmel Freude ist, so fern ein Sünder Buße tut, so kann man auf Erden schon dankbar sein, wenn der Schuldige die Sünde bekennt.

Zu den Behauptungen aber über den Deutschthumsbund-Prozeß muß an dieser Stelle zum tausendsten Mal folgendes bemerkt werden: Der „Deutschthumsbund“ war eine Organisation, die genau der Legalität des niemals ange-tasteten Polenbundes in Deutschland entsprach. Was über seine antisozialistische Tätigkeit verbreitet wurde, war Lüge oder Unverständnis. Wir sind erschüttert, von den nunmehr Angeklagten des Prozesses zu erfahren, welche harmlose Dinge hier „Verbrechen“ sind. Natürlich ist es gleichfalls unwahr, daß der „Deutschthumsbund“ in eine „Deutsche Vereinigung in Sejm und Senat“ umgewandelt wurde. Diese Vereinigung war eine parlamentarische Partei, die sich an den Wahlen der Staatspräsidenten Marutowicz, Wojciechowski und Mosicki positiv beteiligt, ja selbst bei der Schaffung der polnischen Verfassung entscheidend mitgewirkt hat. Heute gibt es eine „Deutsche Vereinigung in Sejm und Senat“ nicht mehr, da sich die deutschen Abgeordneten im dritten Sejm zu einem „Deutschen Parlamentarischen Klub“ zusammengefunden haben.

In der Aufrollung des Deutschthumsbund-Prozesses endlich sind vornehmlich die unermüdblichen Vorstellungen dieser deutschen Parlamentarier schuld. Die Endecja-Regierung hat drei Jahre und die Pilsudski-Regierung wiederum drei Jahre verstreichen lassen, bevor das angeblich so schwer belastende Material zur Einleitung einer Untersuchung benutzt wurde. Wo man vorher — wie z. B. in dem tragischen Scherff-Prozeß — auf dieses Material zurückgriff, war es so wenig stichhaltig, daß selbst das Oberste Polnische Gericht zu einer entsprechenden Feststellung gezwungen war. Wir warten den Prozeß in Ruhe ab, und überlassen es dem politischen Takt und Ebelmut unserer Gegner in den beiden mächtigen Lagern des von uns niemals gehaltenen polnischen Volkes, darüber zu streiten, wer in der Endekischen Politik tüchtiger war. Sie haben beide auf diesem Gebiet erstaunlich viel geleistet, was jedoch keine Ehre einträgt und noch weniger ein ruhiges Gewissen.

Neue italienische Minister.

Rom, 12. September. (P.M.) Die gegenwärtigen Unterstaatssekretäre für Auswärtiges, Kolonien, Kriegswesen, Marinewesen, Flugwesen und öffentliche Arbeiten wurden zu Ministern der betreffenden Ressorts ernannt. Gleichzeitig wurde das Ministerium für öffentliche Aufklärung umbenannt in das Ministerium für nationale Erziehung, das Wirtschaftsministerium in ein Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. An der Spitze des erstgenannten steht Giuliano, an der Spitze des zweiten Acerbo. Folgende Unterstaatssekretäre wurden zu Ministern ernannt: Grandi (Außenminister), Febono (Kolonialminister), Gazzera (Kriegsminister), Sirini (Marineminister), Balbo (Minister für Flugwesen) und Battai (Korporationsminister). Der Unterstaatssekretär des Innenministeriums Bianchi wurde zum Minister für öffentliche Arbeiten ernannt. Im Ministerium für nationale Erziehung wurde außer dem Minister Giuliano noch der Unterstaatssekretär Renato Ricci ernannt, dessen Aufgabe es sein wird, die physische Erziehung der Jugend zu überwachen.

Von ihrem bisherigen Posten traten zurück der Kultusminister Bellucco, sowie der bisherige Landeswirtschaftsminister Merteili. Die Änderungen im italienischen Kabinett haben eine ungeheure Sensation im ganzen Lande hervorgerufen. In den der Regierung nahestehenden Kreisen erklärt man, die Änderungen wären durch die Idee Mussolinis hervorgerufen, man müsse das italienische Volk an ein Regiment des Landes ohne Mussolini gewöhnen für den Fall, daß seine Kräfte nicht mehr dafür ausreichten, oder daß er überhaupt nicht mehr da sein werde.

Weitere Feststellungen in der Bombenaffäre.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Hamburg: Wie wir schon hören, haben die ununterbrochenen Vernehmungen im Altonaer Polizeipräsidium in der letzten Stunde Fortschritte gemacht, nachdem die Verhafteten 24 Stunden hindurch jede Mitäterschaft leidenschaftlich abgestritten hatten. Ein Teil der Verhafteten hat jetzt die Beteiligung an den Bomben-Attentaten zugestanden. Nähere Angaben können im Augenblick noch nicht gemacht werden.

Platz verhaftet.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Am Nachmittag des 12. September erschienen der der Mitäterschaft an den Bombenattentaten verdächtige Geschäftsführer Plaß mit einem Brief des Kapitäns a. d. Ehrhardt auf dem Polizei-

präsidium und stellte sich zur Vernehmung. Nach Abschluß dieser Vernehmung wurde Plaß, in dessen Wohnung bei der Durchsuchung eine Sprengkapsel Nr. 8, wie sie bei den Bombenattentaten verwendet wurde, und 174 Schuß S-Munition gefunden worden sind, in Haft genommen.

In dem Brief verwarft sich Kapitän Ehrhardt energisch gegen alle gegen ihn erhobenen Verdächtigungen als Mittäter an den Bombenattentaten und droht, gegen jeden gerichtlich vorzugehen, der solche Gerüchte verbreitet.

Waffenfunde in Rönne.

Hamburg, 13. September. (Eigene Drahtmeldung.) Über Waffenfunde in Rönne wird folgender amtliche Bericht veröffentlicht:

Nach angestellten Ermittlungen hatte die Polizei in Erfahrung gebracht, daß sich auf der Besitzung des Vaters des im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen verhafteten Landmanns Amandus Vid in Rönne ein Waffenlager befinden sollte. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet und dabei folgende Waffen beschlagnahmt: 2 Maschinengewehre, 28 Gewehre, 35 Stielhandgranaten, 7 Schachteln Sprengstoff, 7 Gewehrläufe, 5 Kästen Maschinengewehrmunition und 2 Kästen Gewehrmunition. Außerdem wurden Ersatzteile, Werkzeuge und Wasserfässer vorgefunden. Die Waffen befanden sich in einem ausgemauerten Schacht unter der Diele des Hauses, die dann in Form einer Luke wieder zugedeckt war. Über der Luke stand eine Futterkiste. Amandus Vid sen. wurde verhaftet.

Strefemann in Genf.

Eine polnische Pressestimme.

Aus Genf, 9. September, wird dem „Kurjer Poranny“ geschrieben:

„Minister Strefemann hatte in Genf, man muß dies offen sagen, einen großen Erfolg. Die Völkerbunderversammlung bereite ihm beim Eintreffen und beim Abschiede Ovationen. Seine Rede, die vortrefflich disponiert war, wurde fortwährend durch Beifallsbezeugungen unterbrochen. Strefemann sprach deutsch ungefähr ¼ Stunden, aber fast alle hörten aufmerksam auch auf die französische und englische Übersetzung. Der Urheber von Vocarno hat sich in Genf eine Stellung geschaffen und bei vielen sogar Sympathien erworben. Vielleicht hat dazu auch seine schwere Krankheit beigetragen, die sich in seinem gelbgrünen Teint offenbart. Der deutsche Minister ist fast gar nicht wiederzuerkennen; er schont sich sehr, und vor seinem Stuhl im Völkerbundrat steht dauernd ein Glas Wein. Aber die Öffentlichkeit behauptet, daß Herr Strefemann seiner geworden ist. Die Rolle der Friedenstaube, die er hier sofort angenommen hat, indem er sich geschickt der allgemeinen Stimmung anpaßte, steht ihm besser zu Gesicht. Diesmal schlug er nicht mit der Faust auf den Tisch, seine Rede war ein Loblied auf den Frieden, sie brandmarkte den Krieg und belehrte sogar die Jugend über die Notwendigkeit, sich heroisch zu zeigen im Kampfe mit der Natur und nicht mit den Menschen.

Wer jedoch aufmerksam diesen pazifistischen Hymnus angehört hat, konnte leicht beunruhigende Ansichten wahrnehmen, wenn sie auch in gemäßigter und sorgfältig erwogener Form verlaublich wurden. Und gleichzeitig konnte er auch klar den abgedeckten Weg sehen, auf dem Strefemann Deutschland führen will, — zäh, aber mit dem Glauben an den Sieg. Gleich im Eingange, nachdem er seiner Befriedigung über die Rheinlandräumung Ausdruck gegeben hatte, erinnerte Strefemann daran, daß noch das Saargebiet von Frankreich besetzt sei, und wandte sich an den Völkerbund, die deutsch-französischen Verhandlungen, die im Gange seien, moralisch zu unterstützen, natürlich in einem für Deutschland günstigen Sinne. Deutschland hält sich an eine bestimmte Reihenfolge seiner Forderungen: nach dem Rheinland das Saargebiet und nach diesem? Das werden wir im nächsten Jahre erfahren.

Darauf nahm Strefemann sich zwei beliebte Steckenpferde der deutschen Politik vor, nämlich die Abrüstung und die Minderheiten. Deutschland will den Pazifismus und gleichzeitig auch die Frage der Abrüstung ad absurdum führen. Es riskiert dabei nichts; denn schon jetzt wird es niemand abrüsten, da es dem Schein nach bereits abgerüstet sei. Dagegen können große Eventualitäten eintreten: entweder wird die Abrüstung verwirklicht, und erkräftigt sich dann auf alle Nachbarn des Reiches, oder die ganze Sache zeigt sich als undurchführbar, und dann wird Deutschland erklären, daß es wieder aufrüsten könne, da seine Abrüstung durch die allgemeine Abrüstung bedingt sei.

Was die Minderheiten anlangt, so drückte Strefemann in erster Linie seine Freude über das unglücklich abgeänderte Verfahren aus. Er betrachtet dies als eine große Besserung der Minderheiten-Angelegenheit. Doch entgegen der Ansicht, wie sie bei uns in der Presse jutage trat, betrachtet er diese Änderungen nicht als endgültig; im Gegenteil: er kündigt schon jetzt seinen Rückgriff auf das Projekt an, eine besondere Minderheiten-Kommission ins Leben zu rufen. Wir sehen also, daß sich Deutschland auch in dieser Frage in der Offensive befindet, die von uns durchaus nicht gehemmt worden ist. Deutschland tritt jetzt schon als Anwalt des Gesamtkomplexes der Minderheitenfragen auf.

Außerdem unterstützte Stresemann den Vorschlag Hendersons über die Anpassung des Völkerbündnisvertrages an den Kelloggspakt und den Vorschlag Briands auf Schaffung einer europäischen Föderation. Hier sei eine kleine Bemerkung gemacht. Hinter diesem Vorschlag steht die Großindustrie, die die Zollbarrieren aufheben will. Der eigentliche Urheber des Vorschlags ist auf französischer Seite Herr Louchet. Schon im Jahre 1921 hat dieser Franzose mit Rathenau ein Wirtschaftsabkommen geschlossen; später berief er in Genf eine Wirtschaftskonferenz ein, die indessen zu nichts führte. Heute gab er seiner fixen Idee die Form der Vereinigten Staaten von Europa. Stresemann steht in näheren Beziehungen zur deutschen Großindustrie. Seinen Beitritt zu dem Vorschlag Briands und Louchets erklärte er in bezeichnenden Wendungen.

Er beklagte nämlich die Lage des Nachkriegseuropas und unterzog sie einer Kritik. Er bemerkte indessen, er wolle diese Lage nicht vom politischen Gesichtspunkte aus kritisieren, denn der sei bekannt, er habe nur den wirtschaftlichen Standpunkt im Auge. Nach seiner Ansicht hemmen die neuen Staaten, die neuen Industrien und die neuen Grenzen die wirtschaftliche Entwicklung Europas. Im Munde des Herrn Stresemann ist diese Erwägung bezeichnend. Soll sie ein konkretes Vorgehen in der Zukunft ankündigen?

Es ist klar, daß Herr Stresemann schon jetzt die Stim-

mung gegen die gegenwärtige Lage bearbeitet. Er tut dies geschickt auf wirtschaftlichem Gebiete. Gleichzeitig hat auch Waldemaras, der sich mit Berlin im Kontakt befindet, die Völkerbündnisversammlung versichert, daß es in Osteuropa nichts von Dauer gebe. Wie schon gesagt, ist dies vorerst nur eine Vorbereitung der Stimmung. Aber man sieht daraus, daß Herr Stresemann vielleicht der einzige Diplomat in Genf ist, der weiß, was er will. Der Pazifismus ist für ihn ein prächtiges Terrain für Spiel und Kampf. Und weiß Herr Briand wohl, wozu der Gedanke der Föderation Europas führen kann? Weiß Herr Henderson, wo noch sein Mystizismus endigen kann? Weiß er auch, was Polen tun soll, dem Schwantungen und Zerwürfnisse nicht fremd sind, die sich aus der absurden inneren Lage und aus der Zwiespältigkeit der Außenpolitik ergeben?

Was Polen tun sollte? Es sollte sich nicht von berufsmäßigen Hezern, die aus jedem Sinn einen Unfuss herauslesen, in eine Angstschube hineinreißen lassen, die gefährlich ist. Glaubt denn der „Kurjer Poznański“ im Ernst an seine Kasandranne? Hielte er Stresemann wirklich für den größten Diplomaten unserer Tage und verirrte er ernsthaft auf die Folgerichtigkeit der reichsdeutschen Politik, würde er dann nicht mit den Deutschen jänktlicher umgehen? Und wenn er es trotz solcher Erkenntnis bei seiner deutschfeindlichen Politik bewenden ließe, wäre er dann nicht ein Verbrecher an Staat und Volk?

Außenpolitischer Vorstoß der deutschen Rechtsgruppen.

Gegen Kriegsschuldthese und Tributplan.

Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren erhielt am Donnerstag morgen in der ihm nahebestehenden Presse folgende Erklärung:

Die Vorbereitungen für das Volksbegehren gegen die Verflauung des deutschen Volkes sind abgeschlossen. Dem Volksbegehren ist ein Gesetzentwurf zugrunde gelegt, der grundsätzliche außenpolitische Forderungen enthält.

Die außenpolitischen Forderungen des Reichsausschusses fußen auf der Tatsache, daß Deutschland nicht die Schuld am Kriege trägt. Die Anerkennung dieser Tatsache durch die Mächte, die das Diktat von Versailles unterzeichnet haben, kann und wird erreicht werden. Die Befreiung Deutschlands von dem Vorwurf der Kriegsschuld muß die Grundlage der deutschen Außenpolitik sein.

Auf diesem Grundgesetz bauen sich folgende

außenpolitische Ziele

auf:

Es gilt, unter Abkehr von dem bisher geübten Verfahren eine Regelung der Reparationsfrage zu erreichen, die unter voller Anrechnung aller von Deutschland bereits durchgeführten Leistungen im Einklang mit der tatsächlichen deutschen Leistungsfähigkeit steht. Voraussetzung für eine wirkliche „Liquidierung des Krieges“ ist die Anerkennung der deutschen Lebensnotwendigkeiten.

Zu ihnen gehört die Wiederherstellung des für das deutsche Volk lebensnotwendigen Raumes. Dies bedeutet, daß insbesondere

Rheinland und Saargebiet,

befreit von allen die deutsche Souveränität irgendwie beeinträchtigenden Sonderbestimmungen, unbelastet wieder zum Reiche kommen. Zu den deutschen Lebensnotwendigkeiten gehört ferner der selbst in Versailles vorgesehene

Rüstungsausgleich

zwischen dem entwaffneten Deutschland und den zur See, zu Lande und in der Luftwaffe ausgerüsteten europäischen Mächten.

Als erster Schritt zu der Erreichung dieser außenpolitischen Ziele soll das mit dem Gesetzentwurf näher gekennzeichnete

Volksbegehren

dienen. Der Reichsausschuß beschreitet diesen Weg in voller Erkenntnis der Unzulänglichkeit der Bestimmungen über das Volksbegehren und der Möglichkeiten, die die Verfassung und die Ausführungsbestimmungen den Verwaltungsbehörden zur Verfüllung des Volkswillens geben. Die dem Reichsausschuß angeschlossenen Parteien werden gleichzeitig im Reichstag bei der Beratung der für die Haager Vereinbarungen notwendigen Gesetze die Aussetzung der Verkündung dieser Gesetze beantragen. Sie kann mit einem Drittel der Reichstagsstimmen beschlossen werden. Neben dieser auf Artikel 72 der Reichsverfassung gestützten Maßnahme wird der Reichsausschuß dem Reichsminister des Innern den für das Volksbegehren ausgearbeiteten selbständigen Gesetzentwurf einreichen. Dieser Gesetzentwurf mußte in Form und Inhalt die augenblickliche völkerrechtliche Lage Deutschlands berücksichtigen und sich den staatsrechtlichen Bestimmungen über ein Volksbegehren anpassen.

In der Forderung des Paragraphen 1 des Entwurfs ist das Grundgesetz der künftigen deutschen Außenpolitik ausgesprochen. Die Reichsregierung wird darin verpflichtet, in feierlicher Form den auswärtigen Mächten zu erklären, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis völkerrechtlich unverbindlich ist.

In Paragraph 2 des Entwurfs wird von der Reichsregierung gefordert, daß sie nach diesem ersten förmlichen Akt mit allen Mitteln eine Beseitigung des Kriegsschuldanerkenntnisses zu betreiben hat. Um neue Sanktionen, insbesondere die Wiederbesetzung deutschen Bodens, unmöglich zu machen, soll ferner die Aufhebung der Artikel 429 und 430 des Versailler Vertrages (die von der Rheinland-Besatzung handeln. D. N.) erreicht werden.

Es folgt die Forderung, daß der Rechtsanspruch Deutschlands auf bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete anerkannt wird, und daß die im Haag daran geknüpften Verpflichtungen Deutschlands fallen.

Der Paragraph 3 des Gesetzentwurfs soll die Annahme des Pariser Tributplanes verhindern. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Reichsregierung neue Lasten und Verpflichtungen, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen, nicht übernehmen darf, und daß zu diesen neuen Lasten

auch die auf dem Pariser Tributplan fußenden Verpflichtungen gehören.

Um diese Forderung des Gesetzentwurfs gegen parlamentarische Manöver zu sichern, enthält der Entwurf eine Strafbestimmung, nach der diejenigen verantwortlichen Minister und Bevollmächtigten des Deutschen Reiches sich des Landesausschusses schuldig machen, die entgegen den Bestimmungen des Gesetzentwurfs neue, auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhende Lasten und Verpflichtungen übernehmen. Der Gesetzentwurf ist die Einleitung zu der vom Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren erstrebten völligen Umstellung der deutschen Außenpolitik.

Der dem Volksbegehren zugrunde zu legende

Gesetzentwurf

hat folgenden Wortlaut:

Gesetz gegen die Verflauung des deutschen Volkes.

§ 1.

Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2.

Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.

Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3.

Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen.

Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die auf Grund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4.

Reichskanzler und Reichsminister sowie Bevollmächtigte des Deutschen Reiches, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 St. G. B. vorgesehenen Strafen.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Reichslandbund und Reichsregierung.

In der Mittwoch-Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes wurde folgende Entscheidung gefaßt:

„Der Bundesvorstand des Reichslandbundes verfolgt mit größter Sorge die bedrohliche Preisentwicklung an den landwirtschaftlichen Produktenmärkten und die sich daraus und aus der anhaltenden Dürre ergebenden Gefahren für die Aufrechterhaltung einer geordneten Betriebsführung.“

Angesichts dieser Lage kann der Bundesvorstand der Reichsregierung den ersten Vorwurf mangelnder Initiative nicht ersparen. Die Erbitterung in der Landbevölkerung ist außerordentlich gewachsen, und es wird den besonnenen Elementen angesichts der Untätigkeit der berufenen amtlichen Stellen immer schwerer, die erregten Gemüter zu beruhigen.

Der Bundesvorstand stellt sich einmütig hinter das Schreiben der Reichsbauernfront vom 8. September 1929 und fordert von dem Herrn Reichsernährungsminister zunächst die schleunige Einberufung des Handelspolitischen Ausschusses zur Verwirklichung der von der Reichsbauernfront aufgestellten Sofortmaßnahmen.“

Erregung der Pfälzer Bauernschaft.

Wie die Eberl-Presse aus München berichtet, hat die gespannte Stimmung, die sich seit geraumer Zeit in der deutschen Bauernschaft bemerkbar macht, nunmehr auch auf die bayrische Pfalz übergegriffen. In Kirchheimbolanden hat am Mittwoch, dem 11. d. M., eine Versammlung der Vereinigten Pfälzer Bauernschaft statt-



gefunden, in der die Führer der Bewegung folgende Entscheidung gefaßt haben:

„Die Mitglieder der Vereinigten Pfälzer Bauernschaft beantragen, bei der Geschäftsführung zu veranlassen, daß innerhalb drei Wochen in Mannheim eine große Bauernversammlung einberufen werde für die Bauernvereinigungen der Pfalz, Badens, Württembergs und Hessens, um entsprechende Richtlinien zum Schutze der Landwirtschaft zu treffen. Diese Richtlinien sollen unmittelbar in Kraft gesetzt werden und die Form eines Mißtrahmens an die Regierung erhalten. Die Minister Dietrich, Stresemann und Hilferding haben bei dieser Demonstration zu erscheinen und sich persönlich zu verantworten. Jede Bauernvereinigung wird drei Mitglieder ernennen, die die Vorbereitungen für die Richtlinien aufnehmen.“

In einer weiteren Versammlung der vereinigten Bauern aus den Bezirken Kusel, Lauterecken und Wolfstein machte man sich diesen Beschluß vollkommen zu eigen.

Englands Mandatsorgen.

London, 10. September. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Mail“ fordert, daß England nicht nur dem Palästina-Mandat, sondern auch dem Mandat über Mesopotamien entsagen sollte. Auf diese Weise würde das Geld für die Unterhaltung der kostspieligen Verwaltung in Palästina und die noch kostspieligeren Militärabteilungen für die Verbesserung der Lage auf einigen Gebieten der englischen Industrie verwandt werden können. Diesem Standpunkt widersetzte sich die englische Presse in Indien, die hervorhebt, daß ein Verzicht Englands auf diese Mandate gleichbedeutend mit einer Belassung Indiens in einer Lage ohne Ausweg sei.

Eine arabische Föderation.

London, 10. September. (P.M.) „Daily Mail“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Korrespondenten mit dem Führer der Araber in Palästina El Hussein. Dieser erklärte, daß der Friede in Palästina so lange nicht verwirklicht werden könnte, als die Juden die Klage mauer verlangen werden, die für die Araber ein heiliger Ort sei. Die Araber streben nach einer arabischen Föderation, die Arabien, den Irak, Syrien (die P.M. glaubt, es handelt sich um Siam! D. Red.) und Palästina umfassen soll.

Kleine Rundschau.

* „Graf Zeppelin“ wieder gelandet. Wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Donnerstagabend gegen 18 Uhr wieder glatt von seiner Deutschlandsfahrt gelandet.

* Großfeuer auf der Germania-Werft. Kiel, 12. September. Auf der Friedrich-Krupp-Germania-Werft brach heute nachmittags gegen 5 Uhr in der Maschinenhalle ein Brand aus, der einen bedrohlichen Umfang annahm. Das Feuer ist in einer der unmittelbar am Hafen gelegenen großen Hallen, in der sich der Prüfstand für die Motoren befindet, zum Ausbruch gekommen. Es legte die Halle völlig in Asche. Auch ein unmittelbar an der Brandstätte stehender, wohl 20 Meter hoher Kran hatte in seinen Holzteilen Feuer gefangen. Feuerwehrleute lösten hier die Balken von dem Eisengerüst und warfen sie, brennenden Fackeln gleich, in das Wasser, wo sie zischend versanken. Über die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt. Von Werftangehörigen wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um Kurzschluß handelt.

Wahlmanöver.

In unserem Artikel über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Bromberg hatten wir in der Nr. 209 vom 12. September auf Grund eines im „Dziennik Bydgoski“ erschienenen Wahlaufrufs, der von der „Christlichen Demokratie“, der „Nationalen Arbeiterpartei“ und dem „Mittelstand“ gezeichnet war — wobei für jede dieser drei Gruppen mehrere Personen mit ihren Namen einstanden — berichtet, daß sich diese drei Gruppen zusammenschließen hätten, um sich auch in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit zu sichern. Wie sich nachträglich herausstellte, war unsere Angabe bezüglich der Teilnahme des „Mittelstandes“ an dieser Vereinigung insofern nicht korrekt, als die unter dem Namen „Mittelstandvereinigung“ (Zjednoczenie Stanu Średniego) in unserem Stadtparlament bekannte Parteigruppe mit dem Aufruf im „Dziennik Bydgoski“ nichts zu tun hat. Wie uns von dieser städtischen Parteigruppe mitgeteilt wird, handelte es sich bei der Zeichnung des erwähnten Aufrufs im „Dziennik Bydgoski“ auch durch den „Mittelstand“ (Stan Średni) um ein ableses Wahlmanöver, wobei dessen Urheber der allzu allgemein gehaltene Name „Mittelstand“ zu statten gekommen ist. Der Aufruf im Dziennik ist nur vom „Mittelstand“ (als dessen Repräsentant sich schließlich jeder zweite Bürger bezeichnen kann) und nicht von der „Vereinigung des Mittelstandes“ gezeichnet, sodas man den Urhebern formell nicht einmal eine Falschung vorwerfen kann. Aber es ist gar keine Frage, daß sie bei den Lesern die Täuschung hervorrufen wollten, es handle sich bei der neuen Vereinigung, die sich übrigens „Christlich-nationale Arbeitsvereinigung“ (Narodowe Chrześcijańskie Zjednoczenie Pracy) nennt, um eine Beteiligung der bisherigen Stadtverordnetenengruppe „Vereinigung des Mittelstandes“. Diese Gruppe will aber, wie sie uns in dem schon erwähnten Schreiben mitteilt, weder vom „Dziennik“ noch von der neuen von ihm patronisierten Gruppe etwas wissen; sie tritt vielmehr unter eigener Flagge in den Wahlkampf.

Wir nehmen von dem Vorgang nur deshalb Akt, weil er zeigt, mit welchen Mitteln manche Leute politische Geschäfte machen wollen. Für uns Deutsche gilt die Parole: Zusammenschluß aller Wahlfähigen auf die

Nus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet...

Bromberg, 13. September.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung und leichte Abkühlung an.

Aus dem Bromberger Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung des hiesigen Stadtparlamentes stand im Zeichen der bevorstehenden Wahlen. Der Antrag der Sozialisten, eine mechanische Bäckerei von der Stadt einrichten zu lassen...

Für die Einrichtung einer solchen Bäckerei sprachen die haben, noch mehr belassen. Was das bessere Brot betrifft, hat die Behauptung, dass diese Bäckerei billigeres Brot liefern könnte...

Bei der Abstimmung wurden für den Antrag der Sozialisten 6, gegen den Antrag 38 Stimmen abgegeben.

Eine Niederlage erlitt der Magistrat mit seinem Antrag, das Elektrizitätswerk, die Gasanstalt und das Schlachthaus zu jenen Kommunalbetrieben zu erklären...

Angenommen wurde ein Antrag auf Erbauung von drei Häusern mit insgesamt 36 Zimmern (Kleinwohnungen), außerdem ein Antrag auf Genehmigung des Umbaus eines Schuppens...

406 Kandidaten sind auf den zehn zu dem am 6. Oktober stattfindenden Wahl zur Stadtverordnetenversammlung eingereichten Listen verzeichnet.

Telephonverbindung mit London. Das Postministerium hat mit dem 1. September die Telephonverbindung...

zwischen Bromberg und London über Ödingen-Berlin eingeführt. Ein Dreiminutengespräch kostet 19 Franc 10 Cent.

Die Straßenreinigung wird in vielen Straßen, so in der Danziger- und in der Wilhelmstraße erst gegen 8 Uhr morgens begonnen...

Eine Frauenleiche wurde gestern an der Steinernen Brücke an der Berlinerstraße (Sw. Trójcy) aus dem alten Kanal gefischt. Die Personalien der Toten sind unbekannt.

Geiniger Betrüger. In hiesigen Schlosserwerkstätten spricht seit einiger Zeit ein Schlosser vor, der sich Josef Wajskowski nennt und etwa 28-30 Jahre alt ist.

Eindiebler drangen heute nacht mit Hilfe von Nachschlüssel in das Geschäft der Firma „Kufullus“ in der Pofenerstraße (Poznańska) ein.

Durch systematischen Diebstahl in ihren Autowerkstätten wurde die Fa. E. Stadie um etwa 4000 Zloty geschädigt.

Der tägliche Fahrraddiebstahl. Dem Mittelstraße (Stenkiewicza) 26 wohnhaften Erich Anklam stahl ein unerkannt entkommener Dieb ein Fahrrad...

Verhaftet wurden im Laufe des gestrigen Tages drei Personen wegen Trunkenheit und Lärmens, sieben wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften...

Bereine, Veranstaltungen u.

Aber-Club Frithof e. V. Morgen, Sonnabend, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in unserem Clubhause die Siegesfeier als Herrenabend statt.

Am Sonntag, dem 22. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet Herr Georg Jaedele in der ev. Pfarrkirche ein Orgelkonzert...

g. Crone (Koronowa), 12. September. Der letzte Wochenmarkt war gut besetzt. Es kosteten: Butter 2,70-2,90, Eier 2,50-2,60...

Der Arzt wurde am Kopfe leicht verletzt. Die übrigen Insassen kamen mit dem Schrecken davon. Inowroclaw, 12. September. Vorläufig keine Wahlen für die Kreisverordnetenversammlung...

O Wsch (Włocławek), 12. September. Der heutige Wochenmarkt, von gutem Wetter begünstigt, war reichlich besetzt...

Podewicz (Podieżyca), 12. September. Ein Autounfall ereignete sich gestern in Promno bei Podewicz. Beide Autos wurden total zertrümmert.

Posen (Poznań), 12. September. Eine Flugzeugfabrik durch Feuer vernichtet. Heute nacht gegen 4.20 Uhr ist in der Flugzeugfabrik Samolot in Rawica Feuer ausgebrochen.

Posen (Poznań), 12. September. Der Barthegeauer der Deutschen Turnerschaft veranstaltete am 8. d. die diesjährigen Wettkämpfe...

Wasserstands Nachrichten. Wasserstand der Weichsel vom 13. September. Krakau - - , Zawichost + 0,92, Warschau + 0,11...

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 209.

Marko-Simplex der gute und billige Düngerspreuer. Preis ab Poznań: 2 mtr. Spreuweite 550 zł, 2 1/2 mtr. 620 zł.

Motorrad „Wanderer“, fahrb., m. Zulass., Preis 1000 Zł. Dampfdrückfabrik 60“, Götzler, billig zu verkaufen.

Zufallssache. „Stoewer“-Wagen, 6 Zylinder, 12/36 HP., 6-Sitzer Touring, gut erhalten. Zloty 3.850.-

Wir veranstalten am 17. 9. cr., vormittags auf dem Gelände des Gutes Zerniki, Station Roźniaty, bei Markowice ein Schauptflügen mit der „Sinke-Hofmann-Raupe“.

Deutscher Frauenverein Bromberg. Donnerstag, den 19. September, abends 8 Uhr im Stadttheater „Trio“.

Restaurant Hotel Lengning Br. Kraski - ul. Długa 56. empfiehlt seinen bekannten guten Mittagstisch 3 Gänge 1,50, 4 „ 2,50.

Brzoza (Hoptengarten) Zu dem am Sonntag, dem 15. d. Mts. stattfindenden Ernte-Fest ladet ergebenst ein R. Behnke.

Dampfdrückfabrik Nanjomes, 66“ (Wammut). Automobile, 12 PS., gründlich repariert und Garant. zu verkaufen.

Seirat Damigerin, evgl., 29 J. alt, wünscht Herzensbekanntschaft zwecks Seirat.

Wahlungen Wohnungen Kolonialwar., Holz- u. Koblengesch., auch mit Land, in Stadt od. gr. Dorfe zu pachten ges. Gesf. Offert. u. L. 5072 a. d. Gechlft. d. Zeitg. erb.

Möbl. Zimmer Zimmer von Dame gesucht. Nähe Starý Rynef. Off. m. Preis u. W. 5102 a. d. Gechlft. d. 3. Gut möbl. Zimmer z. verm. Katielka 8, 11 r. m. Mittagstisch. 5091

Möbl. Zimmer Zimmer von Dame gesucht. Nähe Starý Rynef. Off. m. Preis u. W. 5102 a. d. Gechlft. d. 3. Gut möbl. Zimmer z. verm. Katielka 8, 11 r. m. Mittagstisch. 5091

Sonntag, den 15. September 1929, abends 7 1/2 Uhr: im Saale des CIVIL-CASINOS, ul. Gdańska 160 a Wohltätigkeits-Konzert des Kirchenchors St. Gregorius der Jesuitenkirche.

Kino Kristal Heute, Freitag, Premiere. Zum ersten Male in Bydgoszcz! Das große Filmwerkwerk d. Salson 1929/30.

„Adjutant des Zaren“ In den Hauptrollen: Der Liebling des Publikums Jwan Mozzuchin, Carmen Boni, Fritz Alberti, Eugen Burg, Daniel Dolski.

Deuts — **Stille** — Schumacher

Die Vereinigung der drei besten ihrer Art zu einer Garnitur preisgekrönter Maschinen!

Zu günstigen Bedingungen erhältlich durch **Inz. H. Jan Markowski, Poznań 420. Tel. 52-43.**
 Büro: Sew. Mielżyńskiego 23 Schaulager: Słowackiego, Ecke Jasna

Poln. Unterricht
 Bereinigung (20 Per.)
 sucht tüchtigen Lehrer
 (wöch. 2 Std.). Angeb.
 unter D. 5058 an die
 Geschäftst. d. Zeita. erb.

Saatgut-Reinigung u. Beizung
 auf unserer Neusaatveredler-Reinigungsanlage empfiehlt
 Landw. Ein- u. Verkaufsgenossenschaft **Gniewkowo**
 Telefon 27.



Die Wahl der wirklichen Kenner fällt auf Buick

Die Fähigkeit, auf den ersten Blick den wahren Wert eines Gegenstandes zu erkennen, ist eine Vorbedingung jeder Welt- und Lebenskenntnis.

Der Käufer eines Buick beweist, daß er ein reifes Urteil und die Fähigkeit besitzt, den wahren Wert dieses Wagens zu erkennen.

Buick vereint die Vorzüge eines idealen Reisewagens mit denen eines repräsentativen Automobils. Der machtvolle Sechszylinder-Buick-Motor, die ausgezeichneten Lovejoy Stoßdämpfer und das geräumige Innere des Wagens gewähren selbst bei größten Reisen schnelle und behagliche Fahrt. Das elegante Äußere des Buick legt Zeugnis ab von dem vornehmen Geschmack und der hohen sozialen Stellung seines Besitzers. *Erzeugnis der General Motors.*

Autorisierte Händler in ganz Polen und der Freien Stadt Danzig.

BUICK

GENERAL MOTORS w POLSCE, WARSZAWA

Fritz Steinborn
 Schneidermeister
Bydgoszcz
 Pomorska / Rinkauerstraße 11, 1 Tr.
Maßgeschäft für elegante Herrenbekleidung
 bringt für die kommende Jahreszeit eine aparte Auswahl moderner Stoffe und leistet in Stil sowie Ausführung erstklassige Maßarbeit für Kleidung jeglicher Art
 Gegründet 1903 — Telefon 921
 Beste Verarbeitung.
 Tadelloser Sitz garantiert.

Im Dien bewährte Herbit-Saaten:
 1. Winterweizen v. Stiegler 22, Driq.-Saar 40 zt
 v. Stiegler 22, 1. Abiaat . . . 30 zt
 Carlens Dia-topf, 1. Abi. . . 30 zt
 Saland, Standard, 3. Abi. 29 zt
 II. v. Bochow's Bet-für Roggen 2. Abiaat . . 17 zt
 liefert anerkannte Saatgutwirtschaft Koerberode 11531 D. Szonowo Szlach. Pom.

Original „Messer“ Schweißapparate
 und Zubehörteile jeder Art und Größe
 liefert 11092
Otto Rosenkranz, Großhandlung für
 Fahrräder u. Ersatzteile
 Tel. 911 Bydgoszcz Długa 5
 General-Vertretung für Posen und Pommerellen.

Original Deering
 weltberühmte **Motorpflüge**
 Radschlepper — Raupenschlepper ebenso
Traktoren mit Gummibereifung
 für Transportzwecke glänzende Erfolge in Polen und Freistaat Danzig
 Behufs rechtzeitiger Lieferung baldigste Anfrage erbeten.
 Niedrige Preise — Zahlungserleichterungen.
Hodam & Ressler
 Danzig Graudenz (Grudziądz)

Schneiderin
 perfekt in Kleidern, Kostümen und Mänteln, nebst gut. Empfehlung, empfiehlt sich a. Gütern.
Hoffmann, 5108
 Pl. Poznański 2, 4 Tr.

Schuhwaren
 lange u. kurze Stiefeln
 Jezuitska 10 (N. Pfarrstr.)

Rastriere auch in diesem Herbst wieder

Klopphengste
 (Aryptorchiden), Alter des Patienten sowie Entfernungen spielen keine Rolle. Operationspauschale 100 Pl.
 Auf Wunsch Versicherung.
Dr. Fritz Sontowski, Jablonowo (Pomorze).
 Telef. 69, 1010

Motorräder und Autos
 gebrauchte, in gutem Zustande, billig 11570
Toruń, Kopernika 33.

Offerierte neue **Rutschwagen**
 zu billigen Preisen. Es wird auch alte Rutschwagen sauber u. billig aufgearbeitet.
Pohl, Nako-Notec, ul. Bydgoska 20.

Willi Kirchhoff, Bydgoszcz
 Zivil-Ingenieur, Biuro Mickiewicza 12
 Telefon 227.

Dieselmotoren, Kompressorlos, 6-600 PS., Fabr. Hiltewerke Dresden.
Kleinmotoren, 2-10 PS., für Gewerbe und Landwirtschaft.
Wasserturbinen u. Wasserkraftanlagen. Erstklassige Fabrikate.
 Niedrige Preise. Auf Wunsch langfristige Zahlungen.
 10514

Das neue Wahrzeichen

heißt:
„Dienst am Kunden“
 Alles, was Ihr Auto braucht
E. Stadie - Automobile
 Bedienungsstation 2509
 Bydgoszcz, Plac Wolności 1, Tel. 1602

Klavierstimmungen und Reparaturen, sachgemäß und billig, liefert auch gute Musik zu Hochzeiten, Gesellschaften und Vereinsvergünstigungen.
Paul Wischert, Klavierpieler, Klavierstimmer, Grodala 16, Ede-Brückenstr. Tel. 273

Dt. Kalisalz 42%, Kainit Thomasmehl, Superphosphat, Kalkstickstoff gekörnt und gemahlen
Schwefels, Ammoniak, Nitros
Saatbeize Uspulun trocken
 empfiehlt in jeder Menge ab Lager
Landwirtschaftliche Zentral-Genossenschaft
 Tel. 16 Koronowo. Tel. 16

Arterienverkalkte
 Leute mit hohem Blutdruck, Gicht, Hämorrhoiden, Stoffwechselkrankheiten u. sonstig. Alterserscheinungen verwenden mit bestem Erfolg den **reingezüchteten Teepilz Fungojapon**
 zur Selbstbereitung des Teegetränks (Teekwas). Sehr zu empfehlen auch für Sporttreibende und geistig angestrengte Tüchtige. Zu haben in den Apotheken u. Drogenhandlungen, wo nicht durch Generalvertretung: **C. Pirscher, Rogoźno (Wlkp.)** Druckschrift, frei.

Ca. 800 Kubimeter geschnittenes, kiefernnes **Kanholz**
 8,8 bis 18/22 cm (Lagerholz) abzugeben. 11639
E. Dyme, Awiatki p. Ofie, Station Awiatki.

Reparaturen an Wasserleitungen
 Patentschlössern, Jalousien u. and. Sach. führt aus
Sienkiewicza 8, 2 Tr. r.

Zur Saat abzugeben:
 Orig. Wangenheim-Roggen, Preis zt 25,50
 1. Abiaat „ zt 17,50
 Edelef. Ede-Typ-Weizen „ zt 25 00
 Sichern Käufern bis 1. 11. 29 Kredit. 11461
Gutsverwaltung Barlin p. Grugno